

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche zuallererst ein gesundes, glückliches und erfolgreiches 2020!

Mit meiner Frau durfte ich am Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten und seiner Gattin in der Münchner Residenz teilnehmen.

Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt, aber wir FREIE WÄHLER sind längst wieder im Arbeitsmodus. In das Jahr gestartet sind wir mit unserer **Fraktionsklausur**, die uns diesmal nach Schwarzenfeld im Landkreis Schwandorf geführt hat. Dort haben wir ein breit gefächertes Themenbündel diskutiert: die Energiewende in Bayern, innovative Speichertechnologien, dezentraler Hochwasserschutz, die deutsch-amerikanische Partnerschaft, die Zukunft der beruflichen Schulen und das Ehrenamt im Freistaat. Während unserer viertägigen Beratungen haben wir außerdem eine Reihe von Resolutionen verabschiedet: Wir wollen ehrenamtliche Retter stärker unterstützen, das digitale Rathaus voranbringen und die Bürgerbeteiligung stärken. In unserem „Wackersdorfer Beschluss“ haben wir uns außerdem klar zur Energiewende ohne Atomkraft bekannt. Daneben haben wir Gespräche mit kommunalen Mandatsträgern, Landwirten und Ehrenamtlichen geführt und uns dabei wichtige Impulse für unsere parlamentarische Arbeit geholt. Kurzum: Wir starten in das Jahr 2020 mit einem Koffer voller Ideen – und diese gilt es in den kommenden Monaten umzusetzen!



Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- FREIE WÄHLER-Mobilitätsstudie „Mobilität neu denken“ kommt!
- Größere Freiheit bei der Verwendung der Kurtaxe
- Gewalt gegen politische Mandatsträger bekämpfen
- pragmatische Landwirtschaftspolitik
- Waldschädling Großer Brauner Rüsselkäfer
- Haus der Kunst in München
- Alltagskompetenz an Bayerischen Schulen
- Sicherstellung der Unterrichtsversorgung
- Jugendevent „#Mitreden“ im Bayerischen Landtag

R ü c k b l i c k

Unsere Woche im Landtag begann mit einem Erfolg: Die von uns initiierte **Mobilitätsstudie „Mobilität neu denken“** wird umgesetzt! Einen entsprechenden Förderbescheid haben wir gemeinsam mit Staatsminister Dr. Hans Reichhart im Bayerischen Verkehrsministerium an das renommierte Fraunhofer Institut übergeben, das die Studie leiten wird. Die Idee hinter dem Pilotprojekt: Wir wollen den ländlichen Raum Bayerns attraktiver machen – und es den Menschen auch künftig ermöglichen, rasch zum Arbeitsplatz zu fahren, zum Arzt zu kommen oder einzukaufen. Doch dafür muss Mobilität verkehrsmittelübergreifend gedacht werden. Bayern ist ein Flächenstaat, die Rahmenbedingungen sind überall anders. Jede Region braucht deshalb ihr eigenes maßgeschneidertes Mobilitätskonzept – passend zu den örtlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Großes Potential sehen wir vor allem in der Kombination verschiedener Verkehrsmittel und Mobilitätsformen, also beispielsweise von Auto, Fahrrad und ÖPNV. Denn nur ein optimaler Mix sorgt dafür, dass der strukturschwache



ländliche Raum in Bayern nicht abgehängt wird. Nun gilt es, im Zuge der Studie einen Werkzeugkasten für Mobilitätskonzepte in ländlichen Gebieten Bayerns zu entwickeln und erfolgversprechende Maßnahmen zu testen – denn geht es um nicht weniger als die Zukunft der Menschen in Bayern. Das Foto zeigt

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdEP Ulrike Müller und MdL Hans Friedl bei der Eröffnung der Serienfertigung von Brennstoffzellen in der Fertigungshalle der Fa. Proton in Puchheim.

Und wir tun noch mehr für die Mobilität im ländlichen Raum! Bisher gilt: Wollen Gemeinden ihren Kurgästen einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr zu entfernteren Kur- und Erholungseinrichtungen bieten, dürfen sie das nicht aus dem Kurbeitrag finanzieren. Das soll sich jetzt ändern: Wir haben einen Gesetzentwurf ins Plenum eingebracht, der **eine größere Freiheit bei der Verwendung der Kurtaxe** ermöglicht. Bisher können die Einnahmen aus der Kurtaxe nur für Kur- oder Erholungseinrichtungen sowie -veranstaltungen der jeweiligen Gemeinde verwendet werden – nicht aber für den überörtlichen Nahverkehr, der naturgemäß über die Gemeindegrenze hinausgeht. Das ist – gerade auch mit Blick auf den Umwelt- und Klimaschutz – nicht mehr zeitgemäß. Immer mehr Menschen sind bereit,

auf das eigene Auto zu verzichten, um den Individualverkehr zu verringern, Straßen und Anwohner zu entlasten und Emissionen von Lärm, Luftschadstoffen und klimarelevanten Gasen zu reduzieren. Diesen Menschen müssen wir vor Ort einen attraktiven ÖPNV bieten, sodass sie das Auto – vor allem bei einem Aufenthalt in einem Kurort – gar nicht benötigen. Ein durch die Kurtaxe subventionierter ÖPNV könnte den Individualverkehr zurückdrängen und damit den Aufenthalts- und Erholungswert deutlich erhöhen. Der Ausbau des ÖPNV dient allerdings nicht nur der Tourismusförderung in den Kurorten. Vielmehr sehen wir in der Stärkung des Nahverkehrs einen weiteren Baustein in unserem Bestreben, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu schaffen.

Hassrede und Anfeindungen bis hin zu tätlichen Übergriffen: **Politische Mandatsträger** in Bayern stehen mittlerweile einem Orkan aus **Hetze und Gewalt** gegenüber – darüber hat der Innenausschuss in seiner jüngsten Sitzung beraten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Politiker im Ehrenamt nach wenigen Jahren entnervt aufgeben oder Kandidaten gar schon im Vorfeld das Handtuch werfen, weil ihnen Wutbürger und Extremisten in unzumutbarer Weise zusetzen. Deshalb machen wir FREIE WÄHLER uns dafür stark, die Kommunalverwaltungen im Umgang mit Gewalt und Hass besser zu beraten. Außerdem werden wir Menschen, die sich im Freistaat ehrenamtlich für Politik engagieren, besser schützen und sehen in einem Präventionsgremium zur Kriminalitätsverhütung den richtigen Ansatz. Notwendigkeit und Umsetzbarkeit werden jetzt geprüft. Grundlage einer künftig engeren Zusammenarbeit ist, dass sich die Kommunen mit der Polizei vernetzen. Außerdem sollen betroffene Kommunalpolitiker mit Expertenwissen fachlich unterstützt werden. Andernfalls zerbröselt die Demokratie in ihrem Fundament – den Städten und Gemeinden.

Ein Fundament unseres Freistaates ist die Landwirtschaft. Deshalb stehen wir FREIE WÄHLER weiterhin **für eine pragmatische Landwirtschaftspolitik**, die vor allem familiengeführte Betriebe schützt. Bereits als Oppositionsfraktion haben wir uns für eine Entbürokratisierung des Agrarsektors eingesetzt – etwa bei den Dokumentationspflichten zum Mindestlohn. Jetzt machen wir uns für eine Anpassung der vollkommen praxisfernen Verschärfung der Düngeverordnung stark – solange, bis das Messstellennetz in Bayern deutlich ausgeweitet worden ist. Denn erst dann stehen uns ausreichend realistische Daten für eine korrekte Berechnung der Nitratwerte zur Verfügung. Sauberes Trinkwasser hat für uns selbstverständlich oberste Priorität. Doch die Große Koalition in Berlin darf ihre Angst vor drohenden Strafzahlungen an Brüssel nicht einfach an unsere Landwirte durchreichen und diese zu unerfüllbaren Maßnahmen nötigen.

Eingesetzt haben wir uns aber nicht nur für unsere Landwirte, sondern auch für unsere Waldbesitzer: Denn diese haben neben dem Borkenkäfer zunehmend auch mit dem **Großen Braunen Rüsselkäfer** zu kämpfen, der zu den gefährlichsten Schädlingen in Forstkulturen zählt. Allerdings liegen im Unterschied zum Borkenkäfer zur Verbreitung des Rüsselkäfers, seinen bevorzugten Nahrungsquellen sowie geeigneten Bekämpfungsmaßnahmen in Bayern vergleichsweise wenige Informationen vor. Deshalb wollen wir die Staatsregierung beauftragen, einen Bericht über betroffene Gebiete sowie Bekämpfungsmethoden und -möglichkeiten vorzulegen. Außerdem gilt es darzulegen, welche Baumarten vom Rüsselkäfer bevorzugt befallen werden und welche Rolle der Klimawandel bei der Verbreitung des Käfers spielt. Wegen seines langen Lebenszyklus und der sehr aufwendigen Bekämpfung ist der Rüsselkäfer eine echte Bedrohung für unsere Wälder – und das Problem wird sich weiter verschärfen. Gerade auf den immer häufiger auftretenden Schadflächen ist mit Massenvermehrungen zu rechnen. Baumstämme sind eine optimale Brutstätte für Larven, die nach dem Schlüpfen die heranwachsende Nadelbaumgeneration befallen. Hierdurch wird die Verjüngung des Waldes erheblich beeinträchtigt. Deshalb ist es höchste Zeit, gesicherte Daten zu erheben – zum Schutz unserer Wälder und der Waldbesitzer.

Schützen wollen wir aber nicht nur unsere Naturschätze, sondern auch die Hüter unserer Kunst- und Kulturschätze: die bayerischen Museen. Dazu zählt auch das renommierte, aber derzeit angeschlagene **Haus der Kunst in München**. Doch es gibt gute Nachrichten: Alle Aufgabenbereiche des Museums sind bereits einer Prüfung unter strukturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterzogen worden – einer Konsolidierung steht nichts mehr im Wege. Außerdem können durch die künftige Doppelbesetzung der kaufmännischen und künstlerischen Leitung des Hauses Fehler im Rahmen des Vier-Augen-Prinzips vermieden werden. Auch eine Einigung mit dem Betriebsrat ist erfolgt. Dadurch bleiben die Arbeitsplätze gesichert; frühere Unsicherheiten im Personalbestand sind beseitigt. Das war ein Herzensanliegen der FREIEN WÄHLER – schließlich soll das Haus der Kunst als Gesamtes fortbestehen.

Und einen weiteren Erfolg können wir verbuchen: Schon seit Langem setzen wir FREIE WÄHLER uns dafür ein, dass schulische Bildung praxisorientierter wird. Diese Forderung hatten wir im Herbst 2018 auch in den Koalitionsvertrag geschrieben – jetzt geht es an die Umsetzung. Dazu hat Kultusminister Michael Piazolo vor wenigen Tagen im Bildungsausschuss seinen Bericht „Schule fürs Leben“ vorgestellt. Das Konzept zielt darauf ab, Kindern und

Jugendlichen mehr Kompetenzen zu vermitteln, die benötigt werden, um Privat- und Erwerbsleben sinnvoll und nachhaltig zu gestalten. Dazu gehören Ernährungs- und Gesundheitsbildung, Verbraucherbildung inklusive Erwerb von Finanzkompetenzen, Lebensvorsorge sowie umweltbewusste und nachhaltige Lebensführung. Deshalb wird jedes Kind ab dem kommenden Schuljahr an einer Projektwoche teilnehmen – einmal während seiner Grundschulzeit und einmal an einer weiterführenden Schule. Für die damit verbundenen projektbezogenen Fachexkursionen und Vorträge werden wir bereits im Nachtragshaushalt 2019/20 ausreichend Mittel bereitstellen. Gleichzeitig werden die verschiedenen Handlungsfelder der **Alltagskompetenz** fächerübergreifend verknüpft.

Und noch ein Bildungsthema hat uns beschäftigt: In der Diskussion um die **Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an Bayerns Schulen** unterstützen wir FREIE WÄHLER Kultusminister Michael Piazolo nachdrücklich. Dieser hatte Anfang Januar unter anderem ein Arbeitszeitkonto für Grundschulpädagogen angekündigt, um dem drohenden Lehrermangel entgegenzuwirken. Wir FREIE WÄHLER wollen die hohe Qualität des bayerischen Schulsystems sichern und setzen daher auch weiterhin ausschließlich auf voll ausgebildete Lehrkräfte – der Einsatz von Seiteneinsteigern im großen Stil in unser hochwertiges Bildungssystem kommt für uns nicht infrage. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Initiative des Kultusministeriums Bayerns Lehrerschaft viel abverlangt. Doch für eine begrenzte Zeit brauchen wir diese zusätzliche Unterstützung unserer Lehrkräfte. Die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten sind bereits deutlich ausgeweitet worden – beispielsweise mit 700 zusätzlichen Studienplätzen für das Lehramt Grundschule und weiteren 300 neu angekündigten Studienplätzen. Das alles wird in einigen Jahren greifen – doch für den Moment führt kein Weg an begrenzter Mehrarbeit des bestehenden Lehrpersonals vorbei. Unsere gesamte Fraktion steht hinter Michael Piazolo, denn hier geht es um unsere Kinder und deren Ausbildung – immerhin das höchste Gut im Freistaat!

Aber was denkt die junge Generation eigentlich über Politik? Um das herauszufinden, haben wir zu einem jugendpolitischen Nachmittag eingeladen. Beim **Jugendevent „#Mitreden“ im Bayerischen Landtag** wollten wir mehr über die Ansichten junger Menschen zum politischen Engagement auf kommunaler Ebene wissen und



für unsere jugendpolitischen Initiativen werben. Denn wir sind überzeugt: Jugendliche müssen früh für Politik interessiert und aktiv in entsprechende Entscheidungsprozesse eingebunden werden – einen Generationenabriss können wir uns nicht leisten. Deshalb ist uns FREIEN WÄHLERN eine Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre wichtig. Mit unserem #JuBeL-Antragspaket soll es Heranwachsenden insgesamt ermöglicht werden, politisch mehr mitentscheiden zu können. Dabei gilt, freiwilliges Engagement in der Politik als das darzustellen, was es ist: Eine hochspannende Aufgabe, die großartige Erfolgserlebnisse mit sich bringt – auch wenn sie viel Kraft und Beharrungswillen kostet.

In diesem Sinne: **Auf ein gutes und erfolgreiches Jahr 2020!**



Impressum. Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling